



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 05.12.2025 bis 12.12.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Nach Afghanistan abschieben?	3
Benin: Gescheiterter Putschversuch	4
D.R. Kongo: Das neue US-amerikanische Sicherheitsparadigma	5
Deutschland: Gemeinde gibt fünf Gemeindehäuser auf	6
Deutschland: Unbekannte werfen Böller in Babyklappe	7
DR Kongo: IS-Gemetzel jetzt offenbar auch im Kongo	8
Iran: Lange Haftstrafen für fünf Christen	9
Kongo: Trotz Friedensabkommen	10
Libanon: Anhaltender Konflikt	11
Nigeria: Bischof von Kontagora berichtet	12
Nigeria: Pastor mit Frau und weiteren Gemeindegliedern bei Gottesdienst entführt	13
Nigeria: Schicksal der restlichen 165 Geiseln ist weiter unklar	15
Nigeria: Zwei Tote bei Schießerei in Kirche	16
Österreich: Kopftuchverbot für muslimische Mädchen an Schulen	18
Pakistan: "Ein Schritt, der Hoffnung weckt"	19
Pakistan: Nach dem Mord an einem presbyterianischen Priester	20
Pakistan: Unbekannter Angreifer erschießt Pastor	21
Ruanda und die Demokratische Republik Kongo: Bekräftigen ihre Friedensabsichten	23
Russland: Stadtfest	25
Sudan: Historische Kirchen mit islamistischen Parolen beschmiert	26
Südsudan: Flugzeugentführung von „Samaritan's Purse“ endet glimpflich	27
Südsudan: Kinder suchen Jesus	28
Syrien: Pulverfass Syrien - Ein Jahr nach Assad	29
Tansania: Appell zur Freilassung politischer Gefangener	30

Afghanistan: Nach Afghanistan abschieben?

(IDEA) Inzwischen führt das Bundesinnenministerium Abschiebungen nach Afghanistan durch. Doch wen sollten die Behörden ausweisen, und wem droht dort Gefahr? Eine Einschätzung der Situation von einem Afghanistan-Experten, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird.

Vor anderthalb Jahren stach ein Afghane in Mannheim auf Menschen ein – ein Polizist starb an seinen Verletzungen. Sollten solche Verbrecher abgeschoben werden? Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz sagte dazu: „Solche Straftäter gehören abgeschoben – auch wenn sie aus Syrien oder Afghanistan stammen. Schwerstkriminelle und terroristische Gefährder haben hier nichts verloren.“ Unter anderem die Grünen sehen Abschiebungen nach Afghanistan kritisch, nicht zuletzt, da notwendige Verhandlungen mit den Taliban diese quasi als offizielle Regierung anerkennen würden. Inzwischen laufen diese Verhandlungen.

Sollten alle Schwerverbrecher abgeschoben werden?

Um hierauf eine Antwort zu finden, müssen wir differenzieren: Um welche Art Verbrechen handelt es sich? Der oben erwähnte Polizistenmörder hatte eigentlich vor, gegen eine islamkritische Veranstaltung vorzugehen, die der Polizist geschützt hat. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, dass der Mörder nach einer Abschiebung in Afghanistan sogar geehrt werden würde; möglicherweise würde er gar wieder nach Deutschland eingeschleust werden, um weitere Attentate zu begehen. Auch ein Vergewaltiger würde im Fall seiner Abschiebung in Afghanistan keine schwere Strafe befürchten müssen, wenn überhaupt eine. Solche Verbrecher müssen ihre Strafe hier in Deutschland absitzen. Abgeschoben werden sollten alle Migranten, die das Grundgesetz und unsere Werte ablehnen.

Sind Abschiebungen nach Afghanistan gänzlich abzulehnen?

Nein. Wer keine persönliche Verfolgung nachweisen kann, sollte in sein Heimatland zurückkehren, vielleicht mit einer finanziellen Starthilfe. In Afghanistan kann man leben, wenn man sich an die dortigen Gesetze hält. Insbesondere für Frauen ist es ein schweres Leben – nicht mit dem in Deutschland zu vergleichen. Aber es geht. Der Verfasser kennt viele Afghanen, die dort ein zumindest erträgliches Leben führen. Auch Ausländer, die bei Hilfswerken tätig sind, leben dort – manche mit ihren Familien. Mehrere Ausländer, die das Land in den letzten beiden Jahren besuchten, haben das ebenfalls bestätigt.

Wer nicht zurückgeschickt werden sollte

Da wären zuallererst afghanische Christen zu nennen. Ihnen droht dort offiziell die Todesstrafe, oder sie könnten sogar von ihren Verwandten umgebracht werden. Ebenso sollten die ehemaligen [Ortskräfte](#), z.B. die Afghanen, die zwischen 2002 und 2021 für die Bundeswehr gearbeitet haben, nach Deutschland geholt werden. Die Aussetzung des Aufnahmeprogramms für damalige Ortskräfte ist nicht richtig und gefährdet ernsthaft das Leben dieser Afghanen. Sie verstecken sich in Nachbarländern und werden bei Entdeckung gewaltsam nach Afghanistan zurückgesandt. Da viele von ihnen zumeist gut Deutsch sprechen und gut ausgebildet sind, könnten sie viel schneller integriert werden. Sie werden durch mehrere Instanzen intensiv überprüft. Ihre Aufnahme hier wäre ein Vorbild für kontrollierte Migration.

Benin: Gescheiterter Putschversuch

verdeutlicht Spaltung in Westafrika

Cotonou (Fides) – Der gescheiterte Putsch in Benin verdeutlicht die Spaltungen zwischen den Ländern Westafrikas. In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember griffen einige Mitglieder der Nationalgarde die die Residenz des Präsidenten in Cotonou an, besetzten den Sitz des staatlichen Fernsehens und verkündeten dann live im Fernsehen die Absetzung von Präsident Patrice Talon, die Aussetzung der Verfassung und die Einrichtung eines „Militärkomitees für die Neugründung“ unter der Führung von Oberstleutnant Pascal Tigri. Die Putschisten begründeten ihre Aktion mit dem Kampf gegen die von ihnen benannten Missstände im Land: schlechte Verwaltung, Begünstigungen innerhalb der Armee, Vernachlässigung der im Einsatz getöteten Soldaten und ihrer Familien, Verschlechterung der Sicherheitslage im Norden, Kürzungen im Gesundheitswesen, Steuererhöhungen und Einschränkungen der politischen Freiheiten.

Der Putschversuch wurde von der katholischen Bischofskonferenz des Landes umgehend verurteilt, die in einer von ihrem Vorsitzenden, Erzbischof Roger Houngbédji von Cotonou, unterzeichneten Erklärung „jeden Rückgriff auf Gewalt oder Handlungen, die den Frieden und die Einheit gefährden könnten, aufs Schärfste verurteilte“.

Die schnelle Reaktion der regierungstreuen Soldaten ermöglichte die Befreiung des Fernsehsenders, während die nigerianische Luftwaffe die Kontrolle über den Luftraum von Benin übernahm und anschließend die Kaserne der Putschisten bombardierte. Letztere ergaben sich und wurden größtenteils verhaftet.

Auch die anderen Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (CEDEAO/ECOWAS) griffen ein. Insbesondere die Elfenbeinküste entsandte eine Truppe ihrer Spezialeinheiten, die gemeinsam mit nigerianischen und einheimischen Soldaten für die Sicherheit des Landes sorgte.

Die Intervention Nigerias und der Elfenbeinküste wird als Signal gesehen, dass nach den Militärputschen in Mali, Burkina Faso und Niger keine weiteren Militärputsche in westafrikanischen Ländern toleriert werden. Diese drei Staaten haben ihren Austritt aus der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (CEDEAO/ECOWAS) erklärt und die Allianz der Sahelstaaten (AES) gegründet, die sich gegen ihre ehemaligen Partnerstaaten stellt.

Die Militärjunta von Burkina Faso erklärte am 7. Dezember, dass ein Flugzeug vom Typ C-130 der nigerianischen Luftwaffe mit zwei Besatzungsmitgliedern und neun Soldaten an Bord ohne vorherige Genehmigung den Luftraum der Allianz der Sahelstaaten verletzt habe. Nach Angaben der burkinischen Behörden wurde das Flugzeug zur Landung auf dem Flughafen von Bobo-Dioulasso gezwungen. Die nigerianische Luftwaffe hat diese Darstellung der Ereignisse jedoch zurückgewiesen und erklärt, dass ihr Flugzeug auf dem Weg nach Portugal war, als es aufgrund einer Panne eine Notlandung auf dem burkinischen Flughafen durchführen musste.

(L.M.) (Fides 9/12/2025)

D.R. Kongo: Das neue US-amerikanische Sicherheitsparadigma

Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda

Kinshasa (Fides) – „Wir bekräftigen unser Engagement für die Umsetzung des am 27. Juni 2025 unterzeichneten Friedensabkommens zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Ruanda sowie der am 25. April 2025 unterzeichneten Grundsatzerklärung“, heißt es in der „gemeinsamen Erklärung der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Ruanda anlässlich der Unterzeichnung der Washingtoner Abkommen für Frieden und Wohlstand“. Die Unterzeichnung der Abkommen erfolgte am 4. November, in Washington durch den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Félix Tshisekedi, und den Präsidenten Ruandas, Paul Kagame, in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump.

Die beiden Länder bekräftigen ihr Engagement, Sicherheitsprobleme anzugehen, die wirtschaftliche Integration zu fördern und die sichere Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen zu ermöglichen.

Besonderes Augenmerk wird auf wirtschaftliche Aspekte gelegt: Ruanda und die Demokratische Republik Kongo verpflichten sich, „regionale und internationale Wirtschaftsentwicklungsinitiativen und Investitionsmöglichkeiten in allen Sektoren, darunter Bergbau, Infrastruktur, industrielle Entwicklung und Verwaltung von Nationalparks“, zu verstärken.

Es geht darum, den Kurs fortzusetzen, der durch die ebenfalls in Washington unterzeichneten Vereinbarungen vom 27. Juni vorgegeben wurde, die jedoch die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung nicht berücksichtigen.

Mit der Unterstützung der Friedensabkommen im Osten der Demokratischen Republik Kongo will die US-Regierung Zugang zu den Bodenschätzen des Landes erhalten. Dieses Ziel wurde in einer am 5. Dezember veröffentlichten Erklärung dargelegt, die die Leitlinien der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten festlegt. Im Abschnitt über Afrika heißt es: „Die Vereinigten Staaten müssen versuchen, mit ausgewählten Ländern zusammenzuarbeiten, um Konflikte zu verringern, für beide Seiten vorteilhafte Handelsbeziehungen zu fördern und von einem Hilfe-paradigma zu einem Paradigma überzugehen, das auf Investitionen und Wachstum basiert und in der Lage ist, die reichhaltigen natürlichen Ressourcen und das latente wirtschaftliche Potenzial Afrikas zu nutzen.“

(L.M.) (Fides 6/12/2025)

Deutschland: Gemeinde gibt fünf Gemeindehäuser auf

Kreuztal: Presbyterium: Die Kosten für die Erhaltung sind zu hoch

Kreuztal (IDEA) – Die Evangelische Kirchengemeinde um den Kindelsberg in Kreuztal (Kreis Siegen-Wittgenstein) gibt fünf Gemeindehäuser in verschiedenen Ortsteilen auf. Das teilte das Presbyterium (Kirchenvorstand) im Gemeindebrief mit. Betroffen sind das Lutherhaus in Krombach, das Gemeindezentrum Kredenbach, das Gemeindehaus Ferndorf, das Gemeindezentrum Littfeld und das Gemeindehaus Buschhütten. Zur Begründung nannte Gemeindepfarrer Jochen Ahl auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA finanzielle Belastungen. Die Gemeinde könne die Substanzerhaltungsrücklage, die sie für jede eigene Immobilie aufbringen müsse, nicht mehr stemmen. Sie werde versuchen, die Gebäude zu verkaufen. In welchen Zeitraum das gelingen werde, lasse sich nicht seriös vorhersagen. Nach dem Verkauf wird die Gemeinde noch über drei Gemeindehäuser verfügen. Sie befinden sich im Zentrum von Kreuztal sowie in den Ortsteilen Fellinghausen und Eichen. Außerdem gehören ihr insgesamt sechs Kirchen in den Ortsteilen Kreuztal-Zentrum, Buschhütten, Ferndorf und Krombach. Die Evangelische Kirchengemeinde um den Kindelsberg entstand Anfang 2024 durch die Fusion der evangelischen Kirchengemeinden Buschhütten, Ferndorf, Kreuztal und Krombach. Sie hat rund 13.500 Mitglieder.

Deutschland: Unbekannte werfen Böller in Babyklappe

Paderborn: Reparatur kostet rund 2.500 Euro

Paderborn (IDEA) – Unbekannte haben in Paderborn einen Böller in die Babyklappe des katholischen Vereins „Moses Baby Fenster“ geworfen. Laut einem Bericht des Fernsehsenders RTL konnte die Klappe durch die Explosion vorübergehend nicht genutzt werden. An der Technik der Vorrichtung entstand ein Sachschaden von rund 2.500 Euro. Die Polizei sucht nach Zeugen für die Tat. Die Babyklappe gibt Frauen die Möglichkeit, ihren Säugling anonym an einem sicheren Ort abzugeben, wenn sie keine andere Möglichkeit sehen. Nach einer Frist von acht Wochen wird das Kind dann an eine geeignete Familie zur Adoption vermittelt. Mitglieder des Vereins sind neben dem katholischen Erzbistum Paderborn andere katholische Einrichtungen wie die Caritas und der Sozialdienst katholischer Frauen.

DR Kongo: IS-Gemetzel jetzt offenbar auch im Kongo

Die Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates (ISCAP) hat sich zu der Ermordung von 64 Christen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) in den letzten zwei Wochen bekannt.

Die Behauptungen wurden auf den Social-Media-Kanälen des Islamischen Staates (IS, ISIS, ISIL, Daesh) veröffentlicht und vom Terrorism Research & Analysis Consortium gemeldet.

Alle 64 Todesfälle sind auf Terroranschläge im Bezirk Lubero in der Provinz Nord-Kivu zurückzuführen.

Bei dem tödlichsten Vorfall am 25. November berichtete ISCAP, dass „die Soldaten des Kalifats eine Gruppe christlicher Dörfer in der Nähe der Stadt Vuyinga angegriffen haben, was zur Ermordung von 16 Christen und zur Flucht der übrigen aus dem Gebiet geführt hat, gepriesen sei Gott“.

ISCAP hat seit Weihnachten 2024 die Tötung von mindestens 780 „ungläubigen Christen“ für sich beansprucht.

Barnabas Aid arbeitet mit Projektpartnern im Nordosten der DR Kongo zusammen, um die Überlebenden früherer ISCAP-Angriffe in der Region sowie die Betroffenen der Gewalt durch M23-Rebellen und andere bewaffnete Gruppen zu unterstützen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/more-than-60-d-r-congo-christians-killed-by-islamic-state/>

Iran: Lange Haftstrafen für fünf Christen

Fünf iranische Christen wurden wegen ihrer religiösen Aktivitäten zu Haftstrafen von insgesamt mehr als 50 Jahren verurteilt.

Zu den fünf gehören der zum Christentum konvertierte Naser Navard Gol-Tapeh und der iranisch-armenische Pastor Joseph Shahbazian. Beide wurden im Februar 2025 erneut verhaftet, nachdem sie „begnadigt“ und vorzeitig aus langen Haftstrafen entlassen worden waren – Naser im Jahr 2022 und Joseph im Jahr 2023.

Zuvor hatten sie insgesamt sechs Jahre im Gefängnis verbracht, weil sie sich an „Hauskirchen“ beteiligt hatten.

Auch drei Frauen wurden verurteilt – Josephs Frau Lida, Aida Najaflou, die sich kürzlich nach einem Sturz aus ihrem Etagenbett im Evin-Gefängnis eine Wirbelsäulenfraktur zugezogen hatte, und eine dritte Frau, deren Name nicht bekannt gegeben wurde.

Mit Ausnahme von Lida wurden alle zu zehn Jahren Haft gemäß dem geänderten Artikel 500 des Strafgesetzbuches verurteilt, und mindestens zwei von ihnen erhielten zusätzliche fünf Jahre wegen der zweiten Anklage wegen „Versammlung und geheimen Absprachen“.

Aida wurde außerdem wegen „Propaganda“ im Zusammenhang mit Beiträgen in sozialen Medien zu weiteren zwei Jahren Haft verurteilt. Lida erhielt eine achtjährige Haftstrafe.

Aida leidet an rheumatoider Arthritis. Nach ihrem Sturz am 31. Oktober wurde sie im Krankenhaus behandelt, musste jedoch erneut ins Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem sich eine Wunde, die ihr bei einer Wirbelsäulenoperation zugefügt worden war, im Gefängnis entzündet hatte.

In einem Beitrag am Sonntag, dem 7. Dezember, äußerte ihr Anwalt Befürchtungen hinsichtlich Aidas langfristiger Gesundheit, falls ihr Zustand nicht richtig behandelt werde.

Die Urteile wurden nach einer zweiten Gerichtsverhandlung am 21. Oktober vor der 15. Kammer des Revolutionsgerichts von Teheran gefällt, aber den Angeklagten erst einige Wochen später mitgeteilt.

Den Christen wurde eine Frist von 20 Tagen für die Einlegung von Berufung eingeräumt.

Zusätzlich zu den Haftstrafen hat der Staat das persönliche Eigentum der Christen, darunter Bibeln und andere christliche Literatur, unter dem Vorwand einer „Untersuchung“ durch das Geheimdienstministerium beschlagnahmt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/naser-navard-gol-tapeh-one-of-five-iranian-christians-receiving-prison-s/>

Kongo: Trotz Friedensabkommen

Vorstoß der M23 in Richtung Uvira

Kinshasa (Fides) – Die strategisch wichtige Stadt Uvira steht im Visier der Rebellenbewegung M23. Nach Angaben der Vereinten Nationen rücken die Rebellen, unterstützt von Teilen der ruandischen Armee, auf die Stadt vor. Uvira in der Provinz Südkivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist ein wichtiger Knotenpunkt, der die kongolesische Provinz mit dem benachbarten Burundi verbindet, dessen Truppen gemeinsam mit dem kongolesischen Militär versuchen, den Vormarsch der Rebellen zu stoppen.

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo am 4. Dezember hat den Feindseligkeiten in Südkivu also kein Ende gesetzt. Während die Präsidenten der beiden afrikanischen Länder in Washington unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Donald Trump das Abkommen unterzeichneten, schickten die M23 und die ruandische Armee bereits Verstärkung nach Südkivu, wie die Provinzkoordinierungsstelle der Zivilgesellschaft von Südkivu in einer Mitteilung berichtet, die Fides vorliegt.

In der Mitteilung heißt es, dass einige Verstärkungen mit Booten aus Goma, der Hauptstadt von Nord-Kivu, die im Januar in die Hände der M23 gefallen war, eingetroffen seien, während andere die Grenze von Bugarama in Ruanda aus überquert hätten und durch die Straßen von Bukavu, der Hauptstadt von Süd-Kivu, die im Februar von den Rebellen eingenommen wurde, in Richtung Kamanyola und Kotoga marschierten.

Die Zivilgesellschaft prangert Gräueltaten gegen Zivilisten an, darunter auch den Einsatz von Drohnen, die plötzlich über wehrlose Bevölkerungsgruppen herfallen, und Artillerieangriffe auf Städte und Dörfer.

Laut der Erklärung zielen die jüngsten Kämpfe in Nord- und Südkivu darauf ab, den Rebellen den Weg für die Eroberung von Kisangani zu ebnen.

(L.M.) (Fides 10/12/2025)

Libanon: Anhaltender Konflikt

Der Libanon ist das einzige arabische Land, das nicht offiziell muslimisch ist. Statistisch gesehen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung Muslime und ein Drittel Christen, aber alle Gemeinschaften leiden unter der anhaltenden Wirtschaftskrise des Landes. Armut und Hoffnungslosigkeit sind weit verbreitet. Politische Führer brauchen Weisheit, Ehrlichkeit und Einheit, ebenso wie christliche Führer, die versuchen, Christus und das Evangelium auf eine Weise zu verkünden, die dem traumatisierten Volk im Libanon Heilung, Frieden und Hoffnung bringt.

Quelle: Barnabas Aid/ WORLDNEWS 322/ Bridgeway Publications

Nigeria: Bischof von Kontagora berichtet

"Die befreiten Geiseln sind auf dem Weg zu ihren Familien"

Abuja (Fides) – „Die 100 befreiten Kinder und Jugendlichen sind auf dem Weg von Minna, der Hauptstadt des Bundesstaates Niger, nach Papiri, um dort zu ihren Familien zurückzukehren“, berichtet Bischof Bulus Dauwa Yohanna von Kontagora, der Diözese, in der am 21. November 315 Schüler und Schülerinnen sowie Schulangestellte von einer bewaffneten Gruppe entführt worden waren, die die katholische Schule „St. Mary’s Catholic School“ überfallen hatte.

„Die Ankündigung ihrer Befreiung erfolgte durch die Militärbehörden, ohne jedoch die Umstände zu präzisieren, unter denen sie stattfand. Die befreiten Kinder und Jugendlichen wurden nach Minna gebracht und sind nun auf dem Weg zurück nach Papiri, um endlich wieder mit ihren Angehörigen zusammen zu sein“, so der Bischof.

Etwas mehr als hundert Geiseln befinden sich unterdessen noch immer in den Händen der Entführer. Etwa fünfzig Jugendliche konnten sich zum Zeitpunkt der Entführung selbst befreien, aber wir sind zuversichtlich, dass wir auch sie bald wieder in die Arme schließen können“, so Bischof Yohanna.

In einer Erklärung der Diözese Papiri, die Fides vorliegt, dankt Bischof Yohanna dem nigerianischen Präsidenten Bola Ahmed Tinubu für sein Engagement für die Befreiung der Schülerinnen und Schüler.

(L.M.) (Fides 9/12/2025)

Nigeria: Pastor mit Frau und weiteren Gemeindegliedern bei Gottesdienst entführt

ICC – Bewaffnete muslimische Banditen griffen am Sonntagmorgen Ejiba, eine Gemeinde im Verwaltungsbezirk Yagba West des Bundesstaates Kogi, an und entführten während eines Gottesdienstes einen Pastor, seine Ehefrau und mehrere Gottesdienstbesucher.

Der Vorfall ereignete sich in einer neu gegründeten Cherubim- und Seraphim-Kirche, in der sich die Gemeindeglieder zum Gottesdienst versammelt hatten, bevor die Bewaffneten das Gebäude stürmten.

Augenzeugen berichteten auf der Egbe Mekun-Plattform, dass die Angreifer die kleine Kirche kurz nach Beginn des Gottesdienstes umzingelt hätten. Die Gottesdienstbesucher wurden gezwungen, in verschiedene Richtungen zu fliehen, als die Bewaffneten das Heiligtum betraten. Adegboyega Oguns, der zum Zeitpunkt des Angriffs anwesend war, sagte, der Pastor, bekannt als Orlando, sei zusammen mit seiner Frau und mehreren Mitgliedern der Gemeinde verschleppt worden. Er beschrieb den Moment als chaotisch, da die Menschen in die nahegelegenen Büsche rannten, um zu fliehen.

Einheimische sagten, viele der entführten Gottesdienstbesucher gehörten zu den ersten Mitgliedern, die beim Aufbau der neuen Gemeinde geholfen hatten. Die genaue Zahl der Entführten ist noch nicht bestätigt, da die Familien noch versuchen, diejenigen zu ermitteln, die während des Angriffs geflohen sind.

Die Regierung des Bundesstaates Kogi bestätigte den Angriff in einer Erklärung, die in Lokoja vom Informationsbeauftragten Kingsley Fanwo abgegeben wurde. Er bezeichnete die Handlungen der Angreifer als inakzeptabel und versicherte den Einwohnern, dass die Sicherheitsbehörden mobilisiert worden seien, um die Entführer zu verfolgen. Ihm zufolge seien Anstrengungen im Gange, um die Opfer zu lokalisieren und zu retten.

Der Angriff ereignete sich weniger als 24 Stunden, nachdem bewaffnete Männer eine weitere Operation entlang des Korridors Isanlu Makutu–Idofin im Verwaltungsbezirk Yagba East durchgeführt hatten. Reisende berichteten, dass sie gezwungen wurden, ihre Fahrzeuge zurückzulassen, wobei mehrere entführt und andere ausgeraubt wurden. Die aufeinanderfolgenden Vorfälle haben bei den Einwohnern Besorgnis ausgelöst, die sagen, dass die Unsicherheit in der Region in den letzten Monaten stetig zugenommen habe.

In ganz Nigeria haben christliche Führer, Interessenverbände und Sicherheitsanalysten in den letzten Jahren ähnliche Vorfälle dokumentiert, insbesondere in den Regionen im Norden und Nordwesten des Landes. Mehrere Organisationen, darunter International Christian Concern (ICC), haben weit verbreitete Muster von Entführungen von Pastoren, Kirchenmitarbeitern und christlichen Familien festgestellt.

Laut der Weltverfolgungsliste 2024 von Open Doors wurden im vergangenen Jahr mehr als 4.100 Christen in ganz Nigeria entführt, was weltweit die höchste Zahl darstellt. Daten von nigerianischen und internationalen Beobachtungsgruppen beziffern die Zahl der seit 2014 entführten Christen auf mehr als 20.000, viele davon während Angriffen auf Dörfer und Gotteshäuser.

Trotz dieser Daten haben die nigerianischen Behörden wiederholt Behauptungen zurückgewiesen, dass Christen aufgrund ihres Glaubens gezielt angegriffen werden. Regierungsbeamte erklären immer wieder, dass die Gewalt eher auf Kriminalität, Banditentum und kommunale Konflikte zurückzuführen ist als auf religiöse Verfolgung. Die Bewohner von Gemeinden wie Ejiba sagen jedoch, dass Kirchen nach wie vor häufig angegriffen werden, insbesondere während der Gottesdienste, wenn sich die Gemeinden an einem Ort versammeln.

Entführungen aus Kirchen haben stark zugenommen. Pastoren, Seminaristen, Chormitglieder und junge Gläubige wurden aus Kirchen in den Bundesstaaten Kaduna, Niger, Zamfara, Benue, Plateau und Kogi verschleppt.

Im Jahr 2021 wurden 121 Schüler der Bethel Baptist High School in Kaduna während eines nächtlichen Überfalls entführt. Im Jahr 2022 stürmten Bewaffnete einen Gottesdienst in Kaduna und entführten den Pastor und mehrere Gläubige in ähnlicher Weise wie bei dem Angriff in Ejiba. Im Jahr 2023 entführten Banditen innerhalb eines Monats mehr als 40 Christen aus Kirchen und christlichen Gemeinden in Plateau, Kaduna und Benue. Der ICC berichtete Mitte 2024, dass in den letzten zehn Jahren mehr als 500 Pastoren entführt oder getötet worden seien.

Quelle: International Christian Concern.: www.persecution.org

Nigeria: Schicksal der restlichen 165 Geiseln ist weiter unklar

100 entführte Kinder aus katholischer Schule frei

Abuja (IDEA) – In Nigeria sind 100 entführte Schüler wieder in Freiheit. Das bestätigten die Behörden. In den frühen Morgenstunden des 21. November hatten Bewaffnete in der Gemeinde Papiri (Bundesstaat Niger) 303 Schüler sowie zwölf Lehrkräfte aus der katholischen Sankt-Marien-Schule entführt. 50 der Verschleppten konnten sich selbst befreien. Damit sind weiterhin mehr als 160 Geiseln in der Gewalt der Entführer. Unklar ist, ob die Freilassung durch Verhandlungen, Lösegeldzahlungen oder einen Militäreinsatz erreicht wurde. Auch zum Zustand und Aufenthaltsort der restlichen Geiseln gibt es keine offiziellen Angaben. Der Bischof der Diözese Kontagora, Bulus Dauwa Yohanna, bestätigte die Befreiung und zeigte sich Gott gegenüber dankbar dafür. Gegenüber dem katholischen Hilfswerk missio Aachen äußerte er die Hoffnung, dass die Bemühungen der nigerianischen Regierung bald zu weiteren Freilassungen führen. „Wir kennen nicht den Aufenthaltsort der Verschleppten, die Regierung hat jetzt alles in die Hand genommen, es liegt jetzt alles in ihrer Verantwortung“, so der Bischof. Er bezweifelte mögliche Lösegeldzahlungen durch die betroffenen Familien: Sie seien so arm, dass sie manchmal nicht genug zu essen hätten. Laut Bischof Dauwa hat der oberste Nationale Sicherheitsberater der Regierung Nigerias die Koordination der Befreiungsaktion übernommen. „Der Druck der internationalen Gemeinschaft und die Berichterstattung in internationalen Medien hat die Regierung in Nigeria dazu gebracht, ihre Verantwortung zu übernehmen, und alles für die Freilassung der Kinder zu tun“, berichtete der Geistliche.

Land kämpft mit Entführungswelle

Die Entführung der Schüler ist Teil einer Serie von Massenentführungen im November. Betroffen waren christliche und muslimische Schüler, aber auch Gottesdienstbesucher und ihre Geistlichen sowie andere Zivilisten. Die jüngsten Ereignisse lösten international deutliche Kritik am Handeln der nigerianischen Regierung aus. So warf die US-Regierung Nigeria wiederholt vor, Christen nicht ausreichend zu schützen. Ende November rief Präsident Bola Ahmed Tinubu den Sicherheitsnotstand aus und kündigte die massive Erhöhung der Sicherheitskräfte an. Spezialeinheiten sollen in den Wäldern des Landes nach „Terroristen und Banditen“ suchen. Medienberichten zufolge bezeichneten Abgeordnete bei einer Debatte im nigerianischen Senat die Entführungen als eine Form des Terrorismus und schlugen die Todesstrafe für die Täter vor. Mehrere Senatoren hätten zudem vor einer Unterwanderung von Militär und Polizei durch Extremisten gewarnt. Menschenrechtsgruppen vermuten, dass hinter der jüngsten Entführungswelle dschihadistische Akteure, Banditen und bewaffnete Fulani-Hirten stecken. Nigeria ist mit 229 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa jeweils 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime. Nigeria ist mit 229 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa jeweils 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime.

Nigeria: Zwei Tote bei Schießerei in Kirche

Schüler freigelassen

Nigeria: Zwei Tote bei Schießerei in Kirche

Bei einem Angriff am 7. Dezember auf die anglikanische St. Andrews-Kirche in Isiokwe, einer Gemeinde der Church of Nigeria (Anglican Communion) in der Gemeinde Lilu im Bezirk Ihiala im Bundesstaat Anambra, erschossen die Angreifer zwei Personen, (eine davon ist die Frau des Priesters) entführten Reverend Obies und brannten das Kirchengebäude und Häuser nieder, wie Anwohner berichteten.

Mehrere andere Gemeindemitglieder wurden bei der Schießerei verletzt, sagten sie.

„Es wurde wahllos geschossen, viele Gottesdienstbesucher wurden verletzt, und es gab auch erhebliche Sachschäden, darunter die Verbrennung von Fahrzeugen, dem Kirchengebäude und der Wohnung des Priesters“, sagte die Anwohnerin Rosemary Emabri. „Der Angriff ereignete sich in den frühen Morgenstunden des Sonntags, als sich die Gemeindemitglieder auf den Gottesdienst vorbereiteten.“

Der Anwohner James Okechukwu bestätigte, dass die Bewaffneten in die Kirche eindrangen und zu schießen begannen. Der Polizeichef des Bundesstaates, Ikioye Orutugu, erklärte über einen Sprecher, dass die Polizei „bereits ihre nachrichtendienstlichen Operationen intensiviert, das Joint Security Team eingesetzt und die Überwachung in der gesamten Region verstärkt hat. Es werden keine Mittel gescheut, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen gefasst werden und sich der ganzen Härte des Gesetzes stellen müssen.“

<https://morningstarnews.org/2025/12/two-slain-in-church-shooting-in-southeast-nigeria/>

Schüler freigelassen

Im zentralnigerianischen Bundesstaat Niger wurden am Montag (8. Dezember) 100 der mehr als 300 Schüler freigelassen, die am 21. November aus der St. Mary's Catholic School im Dorf Papiri entführt worden waren, wie die nigerianische Regierung mitteilte.

Die Schüler im Alter von 10 bis 17 Jahren kamen im Regierungsgebäude in Minna, der Hauptstadt von Niger, an und wurden dem Gouverneur des Bundesstaates übergeben. Weder der nigerianische Präsident Bola Tinubu noch andere Regierungsvertreter erklärten, ob die Schulkinder durch Verhandlungen, Lösegeldzahlungen oder eine Sicherheitsoperation befreit wurden. Nigeria steht unter dem Druck der US-Regierung, die Gewalt gegen Christen und deren Entführungen einzudämmen.

„Meine Anweisung an unsere Sicherheitskräfte lautet weiterhin, dass alle Schüler und anderen entführten Nigerianer im ganzen Land gerettet und sicher nach Hause gebracht werden müssen“, sagte Tinubu in einer Presseerklärung. „Wir müssen alle Opfer berücksichtigen.“

Informationen über die Rettung wurden den Eltern und der Christian Association of Nigeria (CAN) zunächst nicht mitgeteilt. Dimas Joseph Mauhuta, ein Elternteil eines der entführten Kinder, Julius Dimas, sagte gegenüber Christian Daily International-Morning Star News, dass die Regierung die Familie noch nicht über die Freilassung informiert habe.

„Mein Sohn gehört zu den Kindern, die aus der St. Mary's Catholic School in der Gemeinde Papiri entführt wurden“, sagte Mauhuta. „Allerdings haben Regierungsbeamte weder uns Eltern noch die Schulleitung über die angebliche Rettung einiger Kinder informiert. Wir hoffen, dass dies wahr ist, und freuen uns auf die Rückkehr unserer Kinder, wie vom nationalen Sicherheitsberater versprochen.“

Es blieb unklar, wer die Kinder aus dem Internat in Papiri entführt hatte, aber die Einwohner verdächtigten Berichten zufolge bewaffnete Banden, die in den nördlichen Gebieten Nigerias Schulen und Reisende ins Visier nehmen, um Lösegeld zu erpressen.

Mindestens 177 Kinder und 12 Lehrer der Schule befinden sich weiterhin in Gefangenschaft. Etwa 50 der Schulkinder konnten 24 Stunden nach ihrer Entführung fliehen.

„Ich bitte die nigerianischen Regierungsbehörden dringend, uns dabei zu helfen, Wege zu finden, um unsere Kinder und Mitarbeiter zu retten, die von diesen Banditen als Geiseln gehalten werden“, sagte Rev. Blessing Amodu, Schulleiter der Schule, auf Anfrage.

Der US-Kongressabgeordnete Riley Moore, Mitglied der US-Delegation, die am Wochenende in Nigeria eingetroffen war, sagte am Montag (8. Dezember), dass mit nigerianischen Beamten konkrete Schritte und Maßnahmen besprochen worden seien, um „terroristische Organisationen“ im Nordosten zu zerschlagen und „das Töten von Christen zu beenden“.

Die Delegation, die vom nigerianischen Nationalen Sicherheitsberater (NSA) Mallam Nuhu Ribadu empfangen wurde, umfasste die Kongressabgeordneten Mario Díaz-Balart, Norma Torres, Scott Franklin und Juan Ciscomani.

Ribadu erklärte in einer Stellungnahme, dass auch der US-Botschafter in Nigeria, Richard Mills, an den Treffen teilgenommen habe.

„Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung, die regionale Stabilität und die Stärkung der strategischen Sicherheitspartnerschaft zwischen Nigeria und den USA“, sagte Ribadu. „Ich bin optimistisch, dass dieses Engagement das Vertrauen, die Zusammenarbeit und das gemeinsame Engagement für Frieden und Sicherheit vertiefen wird.“

Die Delegation besuchte auch den Bundesstaat Benue in Zentralnigeria, wo Tausende von Christen getötet und Millionen weitere vertrieben wurden.

Die Kongressmission folgte auf einen kürzlichen Besuch nigerianischer Beamter in Washington, nachdem die USA Nigeria als Land von besonderer Bedeutung eingestuft hatten, weil es schwere Verletzungen der Religionsfreiheit toleriert.

Moore sagte über sein Treffen mit der nigerianischen Delegation, dass die Gespräche „offen, ehrlich und produktiv“ gewesen seien und sich auf Fragen der Terrorismusbekämpfung, der Sicherheitsunterstützung und des Schutzes von Menschen unabhängig von ihrer religiösen Überzeugung konzentriert hätten.

Nigeria gehört laut der Weltverfolgungsliste 2025 von Open Doors, in der die Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, weiterhin zu den gefährlichsten Orten der Welt für Christen. Von den 4.476 Christen, die während des Berichtszeitraums weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren laut WWL 3.100 (69 Prozent) in Nigeria.

„Das Ausmaß der antichristlichen Gewalt im Land hat nach der Methodik der Weltverfolgungsliste bereits das Maximum erreicht“, heißt es in dem Bericht.

Im nördlichen Zentrum des Landes, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hunderte Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe Islamic State in West Africa Province (ISWAP) sind laut dem Bericht auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung gering ist und Christen und ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind. Entführungen gegen Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernen Waffen ausgerüstet ist und eine radikalislamistische Agenda verfolgt, so der WWL. Lakurawa ist mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM) verbunden, die ihren Ursprung in Mali hat.

Nigeria belegte den siebten Platz auf der WWL-Liste 2025 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2025/12/two-slain-in-church-shooting-in-southeast-nigeria/>

Österreich: Kopftuchverbot für muslimische Mädchen an Schulen

Familienministerin: Das Kopftuch ist ein Zeichen der Unterdrückung

Wien (IDEA) – In Österreich hat das Parlament mit großer Mehrheit ein Kopftuchverbot für unter 14-jährige muslimische Mädchen an Schulen beschlossen. Das am 11. Dezember verabschiedete Gesetz gilt ab dem Schuljahr 2026/27. Bei Zuwiderhandlung drohen Geldstrafen zwischen 150 und 800 Euro. Wie der Österreichische Rundfunk (ORF) berichtet, ist das Kopftuch laut Familien- und Integrationsministerin Claudia Plakolm (ÖVP) kein harmloses Stück Stoff, sondern ein Zeichen der Unterdrückung. Neben dem Druck aus dem Elternhaus gebe es auch junge Männer, die sich zum Sittenwächter berufen fühlten, sagte die 31-jährige Ministerin. Die Regierung geht auf der Basis einer Hochrechnung davon aus, dass rund 12.000 Mädchen betroffen sind. Der Klubobmann (Fraktionsvorsitzende) der liberalen Partei NEOS, Yannick Shetty, erklärte, dass es nicht um eine Einschränkung der Freiheit, sondern um den Schutz der Freiheit von Mädchen bis 14 Jahre gehe. Auch die SPÖ und die oppositionelle Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) votierten für das Verbot. Die Grünen stimmten dagegen. Der FPÖ-Bildungssprecher im Nationalrat, Hermann Brückl, sagte, das Thema sei nur deshalb virulent, weil man in den vergangenen Jahren eine „Massenzuwanderung“ zugelassen habe. Er bezeichnete das Kopftuch als ein „bewusst gesetztes Zeichen des politischen Islam“. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich kündigte an, den nationalen Verfassungsgerichtshof anzurufen, da das Gesetz „verfassungs- und menschenrechtliche Bedenken“ aufwerfe. Kein Kind dürfe zum Kopftuch gedrängt werden, aber man wolle auch das Recht jener Mädchen verteidigen, die das Kopftuch freiwillig tragen. Von den 9,2 Millionen Einwohnern des Landes sind rund 50 Prozent Katholiken, 8 Prozent Muslime, 5,5 Prozent Orthodoxe und 3 Prozent Protestanten.

Pakistan: "Ein Schritt, der Hoffnung weckt"

Parlament billigt Einrichtung einer Kommission für Minderheitenrechte

Islamabad (Fides) – „Das pakistanische Parlament hat das Gesetz zur Einrichtung einer nationalen Kommission für Minderheitenrechte verabschiedet. Dies ist ein lang erwarteter Fortschritt, der für uns einen besseren Schutz der Grundrechte und der Sicherheit bedeutet. Es ist ein sehr positiver Schritt“, der Vorsitzender der Pakistanischen Bischofskonferenz, Bischof Samson Shukardin (OFM) von Hyderabad im Gespräch mit Fides.

Das pakistanische Parlament hat den „National Commission for Minorities Rights Bill 2025“ verabschiedet und damit den Weg für die Einrichtung einer Regierungsbehörde geebnet, die für den Schutz der Rechte nicht-muslimischer Gemeinschaften in Pakistan (Christen, Hindus, Sikhs und andere Religionen) zuständig ist. Das Gesetz wurde am 2. Dezember in einer gemeinsamen Sitzung des Parlaments mit 160 Ja-Stimmen und 79 Nein-Stimmen verabschiedet, nach einer lebhaften Debatte, in der die islamischen religiösen Parteien ihre Ablehnung zum Ausdruck brachten. Die Gesetzgeber verabschiedeten das Gesetz Artikel für Artikel in einer Abstimmung, die Beobachter aus der Zivilgesellschaft als „Meilenstein für Christen, Hindus, Sikhs und andere Minderheiten in Pakistan“ bezeichnen.

„Es sei daran erinnert“, so Bischof Shukardin weiter „dass die Verabschiedung des Gesetzes auf das historische Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2014 folgt, das die Politiker dazu verpflichtete, eine spezielle Kommission für die Rechte von Minderheiten einzurichten, nachdem es zu gewalttätigen Angriffen auf Kirchen und andere Gemeinschaften gekommen war“. „Jetzt wurde diese gerichtliche Anordnung endlich umgesetzt“, bemerkt er, „auch dank des Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in den letzten Jahren weiterhin auf deren Umsetzung gedrängt haben“. „Ich glaube“, so der Vorsitzende der pakistanischen Bischofskonferenz, „dass unsere Gemeinschaften, unsere Mädchen und Familien, deren Rechte oft ungestraft verletzt werden, nun besser geschützt sein werden“. „Auch die anderen christlichen Führer stehen dem sehr positiv gegenüber“, betont er abschließend, „es ist ein Schritt, der der ganzen Nation Hoffnung gibt. Wir alle hoffen, dass die Kommission dazu beitragen kann, die Schwierigkeiten zu mildern, mit denen Christen, Hindus, Sikhs und andere schutzbedürftige Gruppen konfrontiert sind, und zu einer gerechteren, integrativeren und brüderlicheren Gesellschaft beizutragen“.

Gemäß dem Gesetz soll die Kommission Rechtsverletzungen überwachen, Missbräuche untersuchen, Beschwerden prüfen, Gefängnisse und Polizeistationen inspizieren, die Regierung in politischen Fragen beraten und die Umsetzung von Gesetzen überprüfen, die sich speziell auf religiöse Minderheiten auswirken, auch um Diskriminierungen zu vermeiden.

(PA) (Fides 5/12/2025)

Pakistan: Nach dem Mord an einem presbyterianischem Priester

Christen beten in der Adventszeit für den Frieden

Gujranwala (Fides) – Tiefe Trauer herrscht in der christlichen Gemeinde von Gujranwala, die am 6. Dezember, die Trauermesse für den presbyterianischen Pastor Kamran Michael Naz feierte, der am 5. Dezember in Gujranwala in der Provinz Punjab von einem unbekannten Angreifer erschossen wurde. Gläubige verschiedener christlicher Konfessionen nahmen an der Trauerfeier teil, die in der presbyterianischen Kirche „St. Paul“ in Gujranwala stattfand.

Pastor Kamran begleitete seine Tochter am 5. Dezember gegen 8 Uhr morgens zur Schule, als ein Mann auf ihn zukam, ihm drei Schüsse in den Rücken abfeuerte und dann floh. Der Pastor hatte bereits Drohungen erhalten und war im vergangenen September Opfer eines Attentats geworden. Doch trotz der Einschüchterungen – und obwohl er von einigen Muslimen der „Proselytenmacherei“ bezichtigt wurde – setzte er seine Mission im Dienst der Gemeinde mit Mut und Demut fort, wie die Gläubigen betonten.

„Dieser Angriff ist besonders erschütternd, weil seine Tochter Zeugin des Mordes war und traumatisiert ist. Das Mädchen hat versucht, den Mörder mit dem Gehstock zu schlagen, den ihr Vater nach dem ersten Attentat benutzte“, berichtet Pater Lazar Aslam, OFM Cap, Kapuziner und stellvertretender Leiter der „Nationalen Friedenskommission“, einer Organisation, in der sich Vertreter verschiedener Religionen zusammenschließen, gegenüber Fides. „Trotz der ständigen Drohungen und seiner Behinderung hat Pastor Kamran nicht aufgehört, die ihm von Jesus Christus anvertraute Mission treu zu erfüllen. Sein Tod hat seine Familie traumatisiert und die gesamte Gemeinde in Trauer und Angst gestürzt“, betont der Ordensmann. „Heute fordern wir die pakistanische Regierung auf, eine transparente Untersuchung des Mordes an Pastor Kamran durchzuführen und Religionsvertreter zu schützen“, bemerkt er. Was die Sicherheitsmaßnahmen betrifft, so fordern die Zentralregierung und die Provinzregierungen die Kirchen und christlichen Institutionen unterdessen auf, im Hinblick auf die Weihnachtszeit auf eigene Kosten Wachpersonal und Sicherheitsvorkehrungen zu organisieren und zu finanzieren.

„Der Mord an dem Pastor ist ein erschütterndes Zeugnis für die zunehmende Unsicherheit, in der die pakistanischen christlichen Gemeinschaften leben, die aufgrund ihres Glaubens Diskriminierung und Hass ausgesetzt sind. Gleiche Rechte sind noch immer nicht gewährleistet, und die am stärksten gefährdeten Frauen werden oft zum Islam konvertiert“, betont Pater Aslam, der auf „die baldige Einrichtung und wirksame Arbeit der Nationalen Kommission für Minderheiten“ hofft, die das pakistanische Parlament kürzlich verabschiedet hat und die unverzüglich eingerichtet werden soll.

„Während wir uns in der Adventszeit auf die Feier der Geburt Christi vorbereiten, beten wir für den Frieden und die Liebe, die Christus der Menschheit gebracht hat. Wir gedenken in unseren Gebeten der Familie von Pastor Kamran und allen Christen, die Schwierigkeiten, Leiden, Ungerechtigkeiten und Gewalt ausgesetzt sind“, schließt er.

(PA) (Fides 7/12/2025)

Pakistan: Unbekannter Angreifer erschießt Pastor

Ein presbyterianischer Pastor, der im September einen Angriff überlebt hatte, wurde letzte Woche in Pakistan vor den Augen seiner Tochter von einem unbekannten Angreifer vor seinem Haus erschossen, wie seine Familie mitteilte.

Pfarrer Kamran Salamat aus Gujranwala wollte am Freitag (5. Dezember) gerade seine 16-jährige Tochter zur Universität bringen, als ein unbekannter Motorradfahrer mit einer Pistole auf ihn schoss und ihn am rechten Handgelenk, am linken Ohr und im Unterleib traf, sagte der Schwager des Opfers, Pfarrer Shahzad Salman. Pastor Salamat war 45 Jahre alt.

„Mein Schwager erlag drei Stunden später im Krankenhaus seinen Verletzungen“, berichtete Pastor Salman gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Pastor Salamats Leichnam wurde am Samstag (6. Dezember) in Anwesenheit einer großen Zahl von Christen beigesetzt. Er lebte in der Islam Colony im Distrikt Gujranwala in der Provinz Punjab.

Pastor Salman sagte, der Verstorbene, Vater von drei minderjährigen Kindern, sei bereits im September in Islamabad in das Bein geschossen worden.

„Rev. Kamran war ein engagierter Missionar, aber er hat seiner Familie nie Einzelheiten über seine Missionsarbeit erzählt“, sagte Pastor Salman, der auch Rechtsanwalt ist. „Als er im September angegriffen wurde, weigerte er sich sogar, den Fall weiterzuverfolgen, und sagte der Polizei, er habe seinem unbekannten Angreifer vergeben. Selbst nach dem Vorfall hat er uns nie verraten, wer sein Leben bedrohte.“

Der verstorbene Pastor war nach dem Schusswechsel in Islamabad mit seiner Familie nach Gujranwala gezogen und leitete dort eine Nähwerkstatt für arme christliche Frauen.

„Wir haben absolut keine Ahnung, wer hinter den Angriffen auf Rev. Kamran steckt“, sagte Pastor Salman. „Die Polizei von Gujranwala bemüht sich, den Schützen anhand der vor Ort gesammelten CCTV-Aufnahmen aufzuspüren, aber bisher konnte er noch nicht identifiziert werden.“

Er fügte hinzu, dass sie vermuten, dass der Angreifer von zwei weiteren Männern begleitet wurde.

Pastor Salamat hatte mehrere Einsätze in gesetzlosen Stammesgebieten in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa unternommen, wo er afghanischen und pakistanischen muslimischen Stammesangehörigen das Evangelium predigte.

„Es ist durchaus möglich, dass er aufgrund seiner Missionsarbeit den Märtyrertod starb“, sagte ein Kirchenführer. „Die Wahrheit wird erst ans Licht kommen, wenn die Polizei den Angreifer festgenommen hat.“

Rev. Reuben Qamar, Moderator der Presbyterianischen Kirche Pakistans, verurteilte die Ermordung und forderte eine gründliche Untersuchung und die sofortige Festnahme der Angreifer.

„Wir trauern um den grausamen Mord an Pastor Kamran Salamat, einem treuen Diener Gottes“, schrieb Qamar auf Facebook. „Sein Tod ist nicht nur ein persönlicher Verlust, sondern eine weitere Wunde für die Christen in Pakistan. Selbst in unserer Trauer bleiben wir standhaft in der Hoffnung, freuen uns über den Sieg Jesu über die Finsternis und teilen Frieden und Liebe mit dieser feindseligen Welt.“

Pastor Naeem Nasir, ein bekannter Pfingstprediger, sagte, Pastor Salamat sei getötet worden, um ihn daran zu hindern, Christus zu verkünden.

„Extremisten hatten ihn verfolgt und ihm überall, wo er hinging, gedroht“, erklärte Pastor Nasir auf Facebook und zitierte dabei ein Telefongespräch mit der Schwiegermutter des getöteten Pastors.

„Er zog von Islamabad nach Gujranwala, aber sie waren immer noch nicht zufrieden. Sie wollten seine Leidenschaft für die Verkündigung des Evangeliums unterbinden.“

Die Ermordung von Pastor Salamat ereignete sich drei Monate, nachdem ein Katholik erschossen und ein weiterer verletzt worden war, als sie zu einem Wallfahrtsort in der Provinz Punjab unterwegs waren. Afzal Masih aus Samnabad in der Nähe von Lahore in der Provinz Punjab und sein Cousin Harris Tariq Masih gehörten zu einer Gruppe von Katholiken, die in einem Kleinbus auf dem Weg zum jährlichen Fest der Geburt Mariens in Mariamabad im Bezirk Sheikhpura waren, als sie von Muslimen mit einem Kalaschnikow-Sturmgewehr angegriffen wurden, sagte Aurangzeb Peter, ein Mitglied der Reisegruppe.

Pakistan, dessen Bevölkerung zu mehr als 96 Prozent muslimisch ist, rangiert auf Platz acht der Weltverfolgungsliste 2025 von Open Doors, auf der die 50 Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2025/12/unknown-assailant-shoots-pastor-dead-in-pakistan/>

Ruanda und die Demokratische Republik Kongo: Bekräftigen ihre Friedensabsichten

ICC Nachrichten – Präsident Donald Trump traf sich diese Woche in Washington, D.C. mit den Staatschefs von Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo, um ein Dokument zu unterzeichnen, das laut einer Pressemitteilung des US-Außenministeriums darauf abzielt, das jeweilige „Verpflichtung der Länder zur Beendigung jahrzehntelanger Konflikte, zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Schaffung einer Grundlage für dauerhaften Frieden“ zu bekräftigen.

Die Veranstaltung folgt auf eine ähnliche Unterzeichnung im Juni, als sich dieselben Staatschefs im Weißen Haus versammelten, um ein Friedensabkommen in der Anfangsphase zu unterzeichnen.

Das Abkommen dieser Woche wurde in einer weit gefassten, pauschalen Sprache verfasst. „Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Verpflichtung für friedliche Beziehungen, gegenseitigen Respekt und Zusammenarbeit“, heißt es zu Beginn, gefolgt von einem Dank an Präsident Trump für seinen „bedeutenden Beitrag zur Förderung der Normalisierung der bilateralen Beziehungen“.

Im vergangenen Monat unterzeichnete die DR Kongo ein Abkommen, das einen Rahmen für den Frieden mit der größten militanten Bedrohung innerhalb ihrer Grenzen, der von Ruanda unterstützten militanten Bewegung M23, festlegt.

Seit Beginn des Konflikts zwischen Ruanda und der DR Kongo in den 1990er Jahren als Folge des Völkermords in Ruanda 1994 wurden etwa sechs Millionen Menschen getötet. Heute sind fast 8 Millionen Menschen innerhalb der DR Kongo weiterhin Binnenvertriebene.

Das Friedensabkommen ist zwar ein bedeutender Fortschritt in dem jahrzehntelangen Konflikt, doch viele Analysten warnen, dass es wahrscheinlich weder zu einem umfassenden Frieden in der Region noch zur sicheren Rückkehr von Millionen von Vertriebenen führen wird.

„Es wird weder eine Veränderung der Lage vor Ort noch irgendwelche Aktivitäten geben“, sagte der Leiter der M23-Delegation nach dem Treffen im November, „bis die Maßnahmen einzeln debattiert, verhandelt und diskutiert worden sind und ein endgültiges Friedensabkommen erzielt worden ist.“

Ruanda ist dafür bekannt, die militante Gruppe M23 zu unterstützen, aber das Ausmaß dieser Unterstützung – und die Bereitschaft der Gruppe, sich nach dem Abkommen zurückzuziehen – bleibt unklar. Obwohl die M23 von Ruanda unterstützt wird, sind ihre Kämpfer hauptsächlich Kongolesen.

Selbst wenn die M23 ihre Operationen einstellen und die Kontrolle über die Parallelverwaltungen aufgeben würde, die derzeit mehrere Gebiete im Osten der DR Kongo regieren, wäre sie bei weitem nicht die einzige militante Gruppe, die in der Region operiert. Ohne eine starke Kraft, die die Lücke füllen könnte, würde ihr Rückzug wahrscheinlich ein gefährliches Machtvakuum schaffen.

Derzeit sind mehr als 7,8 Millionen Menschen im Osten der DR Kongo vertrieben. Gleichzeitig sind laut UN 28 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Gewalt hat 2025 stark zugenommen, was vor allem auf eine Offensive der M23 und Angriffe anderer Gruppen, darunter die mit dem Islamischen Staat verbündeten Allied Democratic Forces (ADF), zurückzuführen ist.

Ende Juli griffen ADF-Kämpfer eine christliche Kirche in der Provinz Ituri an, töteten mindestens 40 Gläubige und brannten zahlreiche Geschäfte, Häuser und Fahrzeuge nieder. Allein bei diesem Angriff wurden 13 Kinder getötet.

Ein einwöchiger Angriff vom 9. bis 16. August in der Provinz Nord-Kivu führte zum Tod von mindestens 52 Zivilisten. Der Angriff wurde den ADF zugeschrieben, die laut der UN-Mission in der DR Kongo auch „Entführungen, Plünderungen und das Niederbrennen von Häusern, Fahrzeugen und Motorrädern sowie die Zerstörung von Eigentum der Bevölkerung, die ohnehin schon unter katastrophalen humanitären Bedingungen leidet“, verübten.

Die UNO verzeichnete in den ersten sechs Monaten des Jahres 2025 33 Angriffe auf medizinisches Personal und Einrichtungen, fast dreimal so viele wie in der zweiten Hälfte des Jahres 2024.

Laut Human Rights Watch hat die M23 im Juli „über 140 Zivilisten kurzerhand hingerichtet“ – möglicherweise aus ethnischen Gründen. Ein im August veröffentlichter Bericht von Amnesty International beschreibt detailliert ein weit verbreitetes Muster von Brutalität bei den Aktionen der M23, darunter Gruppenvergewaltigungen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen.

Während M23 und ADF zu den bekanntesten Rebbellengruppen zählen, sind in der DR Kongo etwa 120 weitere bewaffnete Rebbellengruppen aktiv, was einen dauerhaften Frieden erschwert. Die Vereinten Nationen haben die Lage in der DR Kongo als „eine der langwierigsten, komplexesten und schwerwiegendsten humanitären Krisen auf der Erde“ bezeichnet.

Ohne entschlossene Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung, zur Wiederherstellung der Regierungsautorität und zur Bekämpfung des komplexen Netzwerks von Milizen, die die Instabilität schüren, läuft die DR Kongo Gefahr, den Kreislauf gebrochener Versprechen und erneuter Blutvergießen zu wiederholen, der die bisherigen Friedensbemühungen geprägt hat.

Es ist ernüchternd, dass die M23 selbst aus einem gescheiterten Friedensabkommen hervorgegangen ist, das vor etwa 16 Jahren geschlossen wurde, aber nie vollständig umgesetzt wurde.

Die internationale Gemeinschaft erkennt zwar zunehmend die extreme Gefahr, die vom Terrorismus in der Region ausgeht, scheint jedoch das Element des religiösen Extremismus innerhalb dieser Organisationen nicht vollständig zu verstehen. Bei der Suche nach langfristigen Lösungen für den Terrorismus im Land ist es wichtig, dass die Welt nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die ideologischen Ursachen der Aufstände angeht.

Ob durch gezielte Informationskampagnen vor Ort oder durch spezifische Maßnahmen zum Schutz religiöser Gemeinschaften in der DR Kongo – es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Welt die stattfindende Verfolgung anerkennt und entsprechend darauf reagiert. Nur dann kann eine praktikable Lösung gefunden werden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Russland: Stadtfest

(Licht im Osten) berichtet: „Der Herbst bescherte uns viele schöne, sonnige Tage, an denen wir mit unserer Bilderausstellung mit Reproduktionen berühmter Gemälde zu biblischen Themen auf die Straße gehen konnten ... Die Uferpromenade ist ein beliebter Ort für Spaziergänge. Zu jeder Jahreszeit sind hier viele Menschen unterwegs: Mütter mit Kinderwagen, Großmütter mit Hunden, spazierende Paare, junge Verliebte, viele junge Leute, hauptsächlich Studenten. Und fast jeder Passant bleibt stehen, betrachtet neugierig die Ausstellung, jeder Zweite hört sich die biblische Geschichte an, jeder Dritte beteiligt sich an der Diskussion, stellt Fragen, teilt seine Gedanken mit. Es gelang uns auch, eine zweitägige Ausstellung in einem der Einkaufszentren der Stadt zu veranstalten ... und eine Ausstellung in der Nähe des Zentralmarktes.“

Immer wieder erleben sie: Den Menschen stehen „Tränen in den Augen, wenn sie die Parabel vom verlorenen Sohn hören, Christus sehen, der das schwere Kreuz trägt, den Soldaten, der mit seinem Speer den Körper des Erlösers durchbohrt, Maria, die freudig ihre Arme zum Lehrer ausstreckt, Johannes den Täufer, der auf das Lamm zeigt, das die Sünden der Welt auf sich nimmt.“

Bei einem Stadtfest wurde ihnen erlaubt, die Ausstellung in einem Park zu zeigen. „Der Menschenstrom hielt acht Stunden lang ununterbrochen an, von 10 Uhr morgens bis 18 Uhr abends. Mehr als tausend Menschen hörten an diesem Tag die Botschaft der Erlösung. So viele Eindrücke für sie und für uns!“ **„Bitte beten Sie**

➤ für unsere Zuhörer, in deren Herzen das Wort Gottes gesät wurde, dass jemand gefunden wird, der diesen Samen weiter begießt;

➤ dass die Verwaltungen verschiedener Einrichtungen der Stadt die Genehmigung für Ausstellungen erteilen, damit die Verkündigung des Evangeliums nicht aufhört.

➤ Bitte beten Sie für unsere Gesundheit ... Die Belastung für die Beine und den Rücken ist enorm. Abends muss man unbedingt Tabletten nehmen. Doch die Freude und Befriedigung, die dieser Dienst mit sich bringt, wiegen solche Kleinigkeiten weit auf.

➤ Und beten Sie, dass der Vater meines Mannes zur Buße findet. Er ist 88 Jahre alt, leidet an Demenz, hat aber manchmal Momente der Klarheit, in denen er den Namen Jesu anrufen kann.“ „Der soziale Dienst hört weder an Feiertagen noch in den Ferien auf. Die Menschen wollen jeden Tag essen. Wir arbeiten bei den Mini-Gottesdiensten mit, die vor dem Essen stattfinden. Wir singen Lieder und erzählen Geschichten. Keine Predigten, keine Bibelgeschichten, sondern wirklich Geschichten. Wo bekommt man so viele Geschichten her? Aus der Zeitschrift GLAUBE UND LEBEN natürlich. Das Archiv auf der Website ist dafür eine hervorragende Quelle. Unsere Gäste lesen auch die aktuellen Ausgaben und lieben auch die TROPINKA.

Für viele von ihnen ist sie sogar verständlicher als die Zeitschrift für Erwachsene.“ Es kommen etliche Menschen dorthin, die „trinken, als Landstreicher leben und keinen Frieden im Herzen haben“. Zum Teil leiden sie an schmerzhaften Erkrankungen.

Bitte beten Sie,

➤ dass der Herr diesen sozialmissionarischen Dienst gebraucht und diese Menschen „von der Sünde heilt“ und ihnen Linderung und Heilung von ihren leiblichen Schmerzen schenkt. „In unserem Hauskreis herrscht große Freude: Seit drei Jahren kommt N. (63 Jahre) zu uns. Sie bekehrte sich vor anderthalb Jahren, schob die Taufe aber immer vor sich her. Nun hat sie sich taufen lassen.

➤ Bitte unterstützen Sie sie im Gebet, dass der Herr sie im Glauben stärkt und dass sie geistlich wächst. Sie hat zwei Söhne, die in fernen Ländern leben, und einen ungläubigen Ehemann. Wir haben ihn noch nie gesehen, da er weder zum Hauskreis noch

in die Gemeinde kommt. Auch zur Taufe seiner Frau ist er nicht erschienen.“

AKTION EIN PÄCKCHEN LIEBE SCHENKEN

Danken Sie mit uns,

➤ dass in diesem Jahr etwas mehr Päckchen als im letzten Jahr zusammengekommen sind.

➤ dass alle Vorbereitungen für die LKW-Transporte rechtzeitig fertig wurden.

➤ dass die meisten Transporte schon in den Empfängerländern angekommen sind.

Bitte beten Sie,

➤ dass auch die restlichen Transporte wohlbehalten am Ziel ankommen. Und bitte beten Sie weiter

➤ für unsere Partnerwerke im Osten für die noch zu bewältigenden Vorbereitungen und um einen guten Start der Weihnachtsveranstaltungen und -besuche mit Päckchenverteilung.

Sudan: Historische Kirchen mit islamistischen Parolen beschmiert

Vorfall ereignete sich in Port Sudan gegenüber einer Polizeistation

Port Sudan/London (IDEA) – In der sudanesischen Hafenstadt Port Sudan sind zwei Kirchen Ziel von Vandalismus geworden. Das berichtet das christliche Hilfswerk CSW (ehemals Christian Solidarity Worldwide/Christliche Solidarität weltweit) mit Sitz in London. Betroffen sind die presbyterianische und die nahe gelegene orthodoxe Kirche, zwei der ältesten christlichen Gotteshäuser im Sudan. Unbekannte hätten islamistische Parolen an den Fassaden angebracht, heißt es. An der Außenwand der orthodoxen Kirche war der Schriftzug „Allah ist ewig“ zu lesen. Überwachungskameras hätten die Täter dabei aufgenommen. Auf der evangelischen Kirche stand das islamische Glaubensbekenntnis: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Gesandter“. Die Taten ereigneten sich tagsüber in einem belebten Stadtviertel, gegenüber einer Polizeistation. Die Leitung der evangelischen Gemeinde verzichtete auf eine Anzeige, um keine weiteren Spannungen in der Nachbarschaft zu provozieren. Ein Gemeindeglied äußerte gegenüber CSW: „Das ist alarmierend, und es könnte erst der Anfang sein. Nur Gott weiß, was geschieht, wenn solche Hassverbrechen toleriert werden.“

CSW fordert besseren Schutz für Christen

Seit dem Beginn des bewaffneten Konflikts zwischen der paramilitärischen Miliz „Rapid Support Forces“ (RSF) und den offiziellen Regierungstruppen im April 2023 fungiert Port Sudan als De-facto-Hauptstadt. Sie gilt als vergleichsweise sicher und beherbergt neben vielen Behörden und Militäreinrichtungen inzwischen Hunderttausende Binnenflüchtlinge. Der Schwerpunkt der Kämpfe in jüngster Zeit lag in Al-Faschir (Bundesstaat Nord-Darfur), wo RSF-Milizen und ihre Verbündeten rund 2.000 Zivilisten getötet haben sollen. Als Teil der Auseinandersetzung zerstörten die Konfliktparteien die Infrastruktur im Land. Die Folge: Über 20 Millionen der geschätzt 52 Millionen Sudanesen sind von Hunger bedroht und 14 Millionen auf der Flucht. Beobachter registrieren inmitten des blutigen Konflikts auch eine Zunahme der christenfeindlichen Übergriffe. Im Hinblick auf diese Entwicklung kritisierte CSW, dass trotz der zentralen Lage der beiden Kirchen und der Präsenz der Polizei keine Maßnahmen ergriffen worden seien. Der Angriff zu Beginn der Adventszeit verstärkte das Gefühl der Verwundbarkeit und Angst unter den christlichen Gemeinschaften des Landes, so der Geschäftsführer des Hilfswerks, Scot Bower. Er forderte die Behörden in Port Sudan auf, alle Vorfälle religiöser Intoleranz konsequent zu verfolgen und die Sicherheit der Christen zu gewährleisten.

Südsudan: Flugzeugentführung von „Samaritan's Purse“ endet glimpflich

Der Pilot sollte in den Tschad fliegen

Boone (IDEA) – Im Südsudan ist ein Flugzeug des christlichen Hilfswerks „Samaritan's Purse – Die Barmherzigen Samariter“ entführt worden. Das teilte das Werk mit Sitz in Boone im US-Bundesstaat North Carolina am 3. Dezember mit. Der Vorfall endete glimpflich. Verletzt wurde niemand. Ein Verdächtiger wurde festgenommen. Die Cessna der Organisation sollte Medikamente von der südsudanesischen Hauptstadt Juba in die nordöstliche Region Maiwut bringen. Der Entführer war beim Beladen der Maschine unbemerkt an Bord geschlichen und hatte sich dort versteckt. Später forderte er den Piloten mit einer vorgehaltenen Waffe auf, das Flugzeug in Richtung des benachbarten Tschad zu fliegen. An Bord befand sich neben dem Piloten auch ein Mitarbeiter von Samaritan's Purse. Medienberichten nach kreiste der Pilot stattdessen stundenlang im Luftraum des Südsudan. Als der Treibstoff knapp wurde, landete er die Maschine schließlich in der nordwestlich gelegenen Stadt Wau. Der Entführer wurde nach der Landung festgenommen. „Wir danken Gott, dass niemand verletzt wurde, und sind den Sicherheitskräften für ihre Unterstützung und ihr schnelles Eingreifen vor Ort dankbar“, erklärte Samaritan's Purse. Laut der Nachrichtenagentur AP wurde der Entführer als Yasir Mohammed Yusuf identifiziert. Ein Motiv ist bislang nicht bekannt.

Seit Jahren in der Region aktiv

Samaritan's Purse ist seit mehreren Jahren im Südsudan in Ostafrika aktiv. 2017 wurden acht Mitarbeiter in der Region Mayendit mutmaßlich von lokalen Rebellen entführt, später aber unverletzt und ohne Zahlung eines Lösegelds freigelassen. Am 25. November stürzte ein gechartertes Flugzeug südsudanischen Firma Nari Air mit zwei Tonnen Hilfsgütern von Samaritan's Purse ab. Es war von Juba in überschwemmte Regionen unterwegs. Alle drei Insassen kamen dabei ums Leben. Leiter des Hilfswerks ist Franklin Graham (Charlotte/North Carolina), einem Sohn des Evangelisten Billy Graham (1918-2018). Am bekanntesten ist in Deutschland die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“. 2024 wurden in diesem Rahmen weltweit fast 12 Millionen Geschenkboxen in über 100 Ländern verteilt – rund 300.000 davon aus dem deutschsprachigen Raum.

Südsudan: Kinder suchen Jesus

(AVC) Wenn Menschen Jesus begegnen, ändern sich nicht immer die Umstände, aber ihre Sicht. Aus »geht nicht« wird »mit Gottes Hilfe schaffen wir es«. So entstand am Rand der Hauptstadt eine kleine Gemeinde unter einem Baum. Plastikstühle stehen im Schatten, ein kleiner Verstärker trägt die Predigt durch den Platz. Die Ausstattung ist schlicht, doch die Botschaft des Evangeliums ist kraftvoll.

Unser stellvertretender Leiter Samuel Franz war letzte Woche vor Ort. Er berichtet: »Es waren viele Kinder da. Ich bezog sie in die Predigt ein und beantwortete ihre Fragen. Diese Kinder sind Hoffnungsträger für eine neue Generation. Deshalb ist es wichtig, sie früh mit einer neuen Sicht auf das Leben vertraut zu machen, nicht nur am Sonntag, sondern im Alltag.«

Genau das zeigt unser Partner mit seiner Gemeinde im täglichen Miteinander. Einige Christen besuchen sogar nahegelegene Polizeistationen und erzählen dort von Jesus. Für die Kinder ist das ein sichtbares Zeichen. Sie erleben, wie mutig Erwachsene ihren Glauben leben und wie sehr ihnen die Botschaft von Gottes Liebe am Herzen liegt.

Heute beten wir ...

... dass diese Kinder zu Jesus finden und an ihm festhalten,

... dass die Christen ihren Mut bewahren,

... für Erweckung im Südsudan.

Syrien: Pulverfass Syrien – Ein Jahr nach Assad

(IDEA) Vor einem Jahr, am 8. Dezember 2024, hat eine Rebellenmiliz das Assad-Regime in Syrien gestürzt. Wie geht es jetzt den Christen im Land? Ein Beitrag von Pfarrer Peter Fuchs. Er ist Geschäftsführer von Christian Solidarity International (CSI) in Deutschland.

Vor einem Jahr stürzte der Langzeitherrscher Baschar al-Assad, und Ahmed al-Scharaa – Gründer der dschihadistischen al-Nusra-Front – übernahm die Macht. Viele Syrer haben derzeit das Gefühl, auf einem Pulverfass zu sitzen. Die Massaker an Alawiten im März, der Bombenangriff auf die St. Elias-Kirche im Juni, die Gewaltwellen gegen Drusen im Sommer und die Bombardierung kurdischer Stadtviertel Aleppos durch Regierungssoldaten im Oktober sind in keiner Weise aufgearbeitet und könnten sich jeden Augenblick wiederholen.

Angespannte Sicherheitslage

Die Sicherheitslage ist nach der Entlassung von hunderttausenden Polizisten, Soldaten und Beamten des Assad-Regimes durch die neuen Machthaber extrem angespannt. Entführungen, Einbrüche und Gewaltverbrechen haben stark zugenommen. Während Christen in Aleppo sich über die nie gekannte Meinungsfreiheit freuen und berichten, dass sie von al-Scharaas Sicherheitskräften respektvoll behandelt werden, klagen die Minderheiten insbesondere im Zentrum des Landes und in den Küstenprovinzen über gezielte Entführungen, Tötungen und den täglichen Terror durch willkürliche Verhaftungen. Christen, andere Minderheiten und sogar Sunniten sind dem in einem völlig rechtsfreien Raum ausgeliefert. Festnahmen durch Sicherheitskräfte des neuen Regimes haben sich zu einem systematischen Muster entwickelt. Häuser werden gestürmt, Bürger festgenommen. Ihnen wird den Zugang zu Anwälten verwehrt, ihr Verbleib verschleiert. Diese Festnahmen richten sich häufig gegen Persönlichkeiten, die für ihre Integrität und ihre patriotische Gesinnung bekannt sind. Der Christ Milad al-Farakh, ein freundlicher Metzger aus dem zwischen Homs und Tartus liegenden „Tal der Christen“, wurde am 25. August verhaftet. Er landete im Gefängnis von al-Balloon (Homs), wurde gefoltert und schließlich von Angehörigen der neuen Polizeikräfte ermordet. Der ehemalige Bürgermeister der mehrheitlich christlichen Stadt Sadad, Suleiman Khalil, wurde bereits am 8. Februar verhaftet und befindet sich seither ohne Anklage unter strengen Bedingungen in Haft. Aufgrund der anhaltenden Bedrohungslage, der extremen Armut und der schleichenden Islamisierung setzen die Christen Syriens weiterhin alles auf die Karte der Auswanderung – mit dramatischen Folgen für die syrische Gesellschaft und die christlichen Gemeinden, die überaltern und verschwinden. So leben in der zu 75 Prozent zerstörten Stadt Deir ez-Zor noch vier Christen – 2011, vor dem Krieg, waren es 7.000.

Was die Bundesrepublik tun sollte

Deutschland muss in dieser Situation Druck auf das Regime in Damaskus ausüben und es zwingen, die Rechte aller seiner Bürger zu schützen, insbesondere die Religionsfreiheit. Dabei ist Syrien vermutlich eines der wenigen Themen, bei denen sich AfD und Grüne einig sind: Bei der jüngsten Bundestagsdebatte anlässlich des Tags der Menschenrechte hat der AfD-Abgeordnete Rainer Rothfuß die schwierige Lage der Minderheiten thematisiert und der Grüne Max Lucks sprach von einem „islamistischen Regime“ in Damaskus. Das ist ein überraschendes Umdenken, wenn man bedenkt, wie stark Ex-Außenministerin Annalena Baerbock den Regimewechsel durch Ahmed al-Scharaa unterstützt und begrüßt hat.

Einen ausführlichen Beitrag über Syrien gibt es im aktuellen [IDEA Spezial zum Thema „Christenverfolgung“](#).

Tansania: Appell zur Freilassung politischer Gefangener

Dar es Salaam (Fides) – Die Freilassung der politischen Gefangenen und Rückgabe der Leichen der Verschwundenen fordern die Botschaften Großbritanniens, Kanadas, Norwegens, der Schweiz, Belgiens, Dänemarks, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, den Niederlanden, Polen, der Slowakei, Spanien, Schweden und die Delegation der Europäischen Union in Dar es Salaam in einem gemeinsamen Appell von der Regierung Tansanias, „damit sie ihre internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Grundfreiheiten und der verfassungsmäßigen Rechte auf Zugang zu Informationen und freie Meinungsäußerung für alle Tansanier einhält“.

Nach den umstrittenen Parlamentswahlen vom 29. Oktober, die von der amtierenden Präsidentin Samia Suluhu Hassan gewonnen wurden, kam es in Tansania zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften (vgl. AKREF 4/11/2025).

Wie in der heute, am 5. Dezember, veröffentlichten gemeinsamen Erklärung dargelegt wird, „belegen zuverlässige Berichte nationaler und internationaler Organisationen außergerichtliche Hinrichtungen, Verschleppungen, willkürliche Verhaftungen und die Verschleierung von Leichen“.

Die Unterzeichnerstaaten fordern „die Behörden auf, die Leichen der Opfer schnell an ihre Familien zurückzugeben, politische Gefangene freizulassen und den Inhaftierten Rechtsbeistand und medizinische Versorgung zu gewähren“.

„Wir fordern die Regierung außerdem auf, die Empfehlungen aus den vorläufigen Wahlberichten der Afrikanischen Union und der SADC (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas) umzusetzen, in denen offensichtliche Mängel im Wahlprozess aufgezeigt werden“, heißt es weiter in der Erklärung, die mit der Forderung nach einer „unabhängigen, transparenten und inklusiven Untersuchung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, religiöser Gruppen und aller politischen Akteure“ endet.

Der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz von Tansania, Pfarrer Charles Kitima, beklagt, dass in Ukonga (Dar es Salaam) Polizei und bewaffnete Gruppen in Krankenhäuser eingedrungen seien und versucht hätten, die Versorgung verletzter Zivilisten zu verhindern.

„Die Polizei ist in die Krankenhäuser eingedrungen und hat das Pflegepersonal bedroht“, erklärte Pfarrer Kitima am 2. Dezember auf einer Pressekonferenz in Dar es Salam. „Die Polizei kam und sagte uns, wir dürften sie nicht behandeln, sondern müssten sie in die Leichenhalle bringen“, fügte er hinzu.

Der Generalsekretär der Bischofskonferenz bestätigt weiter, dass Ärzte und Krankenschwestern in katholischen Krankenhäusern sich geweigert hätten, den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten, und die Opfer ungehindert weiter behandelt hätten.

Pfarrer Kitima berichtet, dass in katholischen Krankenhäusern „Leichen von Menschen, die mit Schusswaffen getötet worden waren, eingeliefert wurden. Die Behörden können uns nicht vorschreiben, die Wahrheit zu verbergen“.

Am 30. April dieses Jahres war der Generalsekretär der Bischofskonferenz am Abend nach einem Treffen religiöser Führer verschiedener Konfessionen mit Blick auf die bevorstehende Wahl vom 29. Oktober im Sitz der Bischofskonferenz in Kurasini (Dar es Salaam) brutal angegriffen worden.

(L.M.) (Fides 5/12/2025)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]